



## Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch** und **Fraktion (AfD)**

**Ehrlicher Verbraucherschutz statt neuer Belastungen aus Brüssel:  
„Fit for 55“ aussetzen, Bezahlbarkeit sichern, Krisenvorsorge stärken!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich mit Nachdruck auf Bundes- und EU-Ebene für ein Moratorium der kostentreibenden Elemente des EU-Pakets „Fit for 55“ einzusetzen,
- dabei insbesondere auf eine Aussetzung beziehungsweise weitere Verschiebung des Europäischen Emissionshandelssystems 2 (ETS2) für Gebäude, Straßenverkehr und weitere Sektoren hinzuwirken, solange eine sozialverträgliche Umsetzung nicht sichergestellt ist,
- sich dafür einzusetzen, dass Zwischenziele, Umsetzungsfristen und sektorale Belastungsvorgaben im europäischen und bundesrechtlichen Klimarecht flexibilisiert oder vorübergehend zurückgestellt werden, soweit sie zu unverhältnismäßigen Mehrbelastungen für Verbraucher führen.

### Begründung:

Das Paket „Fit für 55“ dient der Umsetzung des europäischen Klimaziels, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent zu senken und die EU bis 2050 klimaneutral zu machen. Zu den zentralen Instrumenten gehört auch das neue Emissionshandelssystem für Gebäude, Straßenverkehr und weitere Brennstoffe.

Gerade dieses neue System ist mit zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Kosten auf fossile Brennstoffe verbunden. Der Rat der Europäischen Union hält selbst fest, dass insbesondere einkommensschwache Haushalte und Kleinstunternehmen von höheren Preisen für fossile Brennstoffe betroffen sein können;

Auch deshalb wurde der Start des ETS2 von 2027 auf 2028 verschoben. Das zeigt, wie sehr sich der wachsende Widerstand gegen die Klimapolitik der EU langsam aber sicher auf höchster Ebene niederschlägt. Wirtschaftliche Vernunft, soziale Tragfähigkeit und die realen Belastungsgrenzen der Bürger wurden zu lange vernachlässigt. Diesen Druck muss man nun verstetigen, um der gegen den Bürger gerichteten Politik aus Brüssel einen Riegel vorzuschieben.

Klimaschutz darf nicht mit der Brechstange gegen die Lebenswirklichkeit von Pendlern, Familien, Eigentümern, Mietern, Handwerk, Landwirtschaft und Mittelstand durchgesetzt werden. Wer Mobilität verteuert, Heizen verteuert und Investitionen zusätzlich belastet, gefährdet Akzeptanz, Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Zusammenhalt.